

Christa Wichterich

Kämpfe am unteren Ende der Wertschöpfungsketten

Empowerment, Widerstand und Rechtsbewusstsein von WanderarbeiterInnen in China

Seit 2004 zeichnete sich in China eine Ausweitung und Radikalisierung des Widerstands gegen despotische Arbeitsverhältnisse in den Exportindustrien ab. WanderarbeiterInnen treten in diesen sozialen Kämpfen erstmals als zentrale widerständige Subjekte auf. Allein im Perflussdelta sprechen offizielle Statistiken von 10 000 Streiks pro Jahr, inoffizielle Angaben von doppelt so vielen. Die Streiks der ArbeiterInnen in den Weltmarktfabriken stellen einen sozialen Brennpunkt unter den jährlich 90 000 Protesten und sozialen Aufständen im ganzen Land dar, eine Bedrohung für den sozialen Frieden und die Macht der chinesischen Führung.

Dieser Widerstand unterscheidet sich in Bezug auf Ansatzpunkte, Aktivitäten und Akteursschaft von der konventionellen gewerkschaftlichen Organisation in westlichen Industrienationen. Ein neuer Typus von Arbeiteraktivismus oder gar sozialer Bewegung ist im Entstehen begriffen. Die Frage ist, wie diese Kämpfe einzuschätzen sind. Trifft Beverly Silvers Beobachtung auch für China zu, dass sich parallel zur Schwächung der westlichen Arbeiterbewegungen an den Orten der Produktionsverlagerung in Schwellenländern des Südens unter dem Druck neoliberaler Arbeitsregime neue Arbeiterbewegungen formieren, oder ist dies ein „Klassenkampf ohne Klasse“ (E.P. Thompson), der durch nationale wie globale Bedingungen in den transnationalen Wertschöpfungsketten gleichermaßen ausgelöst wird?

Das Arbeitsregime in den Weltmarktfabriken

Die Akteure und der Charakter der jüngsten ArbeiterInnenproteste sind nur im Kontext der kapitalistischen Transformation der chinesischen Wirtschaft und Gesellschaft und ihrer Integration in den Weltmarkt zu verstehen. In den Sonderwirtschaftszonen (*Special Economic Zones*, SEZs) Chinas entstand seit der Ausrufung der „neuen sozialistischen Marktwirtschaft“ 1992, dem Aufbau privater Unternehmensstrukturen und dem massiven Zustrom ausländischer Direktinvestitionen ein Arbeitsregime mit neu formierten Interessengruppen, sozialen Klassen und kollektiven Identitäten. Von Anfang an unterlagen die Arbeitsverhältnisse einem doppelten Kontrollsystem, einer Ausweisdespotie durch den Staat bzw. Behörden auf dem Land und in der Stadt und der Lohnarbeitsdespotie durch die taylorisierte Industrialisierung (Au/Nan/Zhang 2007). Auf der einen Seite manifestierte sich dieses doppelte Kontrollregime in Grenz- und Mautstationen beim Zugang zu den SEZs, wo die drei erforderlichen Ausweise (ID, Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis) kontrolliert wurden. Die meisten Dokumente müssen jährlich neu erworben werden und waren bis vor kurzem so teuer, dass die MigrantInnen einen Monatslohn pro Jahr für Ausweise und Registrierungen ausgeben mussten.

Dieses bürokratische System ist hochgradig korruptionsanfällig (Chan 2003:46). MigrantInnen, die innerhalb der Sonderwirtschaftszonen ohne die notwendigen Dokumente aufgegriffen wurden, wurden zu Geldstrafen, Straflager oder Rückführung verurteilt; Entlassene wurden auf eigene Kosten deportiert. Auf der anderen Seite wurde die Kontrolle der ArbeiterInnen durch die „three-in-one“ Industriearchitektur ausgeübt: Fabrik, Lager und Wohnheim befanden sich in einem von Mauern, Stacheldrahtzäunen und Wachposten umgebenen Gebäudekomplex, den die Unternehmen durch eigene Sicherheitsdienste überwachen lassen.

Die Mehrzahl der Lohnarbeitenden in den SEZs sind WanderarbeiterInnen, *nongmingong*, „Bauern-Arbeiter“, die auf der Suche nach Job, Einkommen und Lebenschancen aus dem ländlichen Hinterland in die Wachstumsregionen an die Küste kommen. Die „floating population“ vom Land gilt als vorübergehend proletarisierte Bauernschaft, die nach einigen Jahren der Lohnarbeit, mit der sie die bäuerlichen Haushalte subventionieren, ins Dorf zurückkehren. Wen Tiejun bezeichnet sie als das „neue Proletariat“, das aus diesen Prozessen der „Auflösung und Herstellung sozialer Klassen“ hervorgeht (Wen 2008; Lee 2005). Die Arbeiterschaft wird nicht mehr mit dem (geschlechtsneutralen) Begriff *gongren* (arbeitender Mensch) benannt, mit dem sie in der Mao-Ära zu Eignern und Leitern der Betriebe und damit zu Subjekten der Geschichte erklärt wurden, sondern sie sind *dagong*, „die für einen Boss arbeiten“, zu 80 bis 85 Prozent *dagongmei*, „arbeitende Töchter“, wie die jungen, unverheirateten Frauen vom Land abwertend titulierte werden.

Gemäß ihrer Haushaltsregistrierung, dem *hukou*, hatte diese migrantische ArbeiterInnenklasse bis vor kurzem keine sozialen und bürgerlichen Rechte in der Stadt. Mao hatte das *hukou*-System, das nur am Herkunftsort Zugang zu öffentlicher Versorgung und sozialer Sicherheit garantiert zur Vermeidung von Landflucht eingeführt. Für die WanderarbeiterInnen in den Städten bedeutete es einen Ausschluss vom sozialen Sicherungssystem, von der öffentlichen Versorgung, aus den Gewerkschaften und dem städtischen Volkskongress aus und degradierte sie so zu Staats- und Stadtbürgern zweiter Klasse. Durch die zahlreichen Kontroll- und Exklusionsmechanismen verhindert dieses System „sozialer Apartheid“ auch eine Solidarisierung von MigrantInnen und städtischen Lohnarbeitenden (Au/Nan/Zhang 2007).

In dem neuen Arbeitsregime arbeitsintensiver Industrien wie Textil-, Spielzeug- und Elektronikherstellung werden ihre Produktivität und Subjektivität genau dem Kontrollregime unterworfen, das unter Mao als kapitalistisch und ausbeuterisch verschrien war: eine Kombination von Prinzipien der Profitmaximierung und Konkurrenz wie Akkordarbeit, Effizienzkontrolle, Überstundenzwang, fehlende Sicherheit am Arbeitsplatz und drakonische Strafen für Fehlverhalten (Zhao/Nichols 1998; HKCTU 2004). Um die ArbeitInnen vom Unternehmen abhängig zu machen, behält das Management meist ihre Ausweise und einen Monatslohn ein (Chan 2003). So verhindert die eng verknüpfte staatliche und unternehmerische Kontrolle im Arbeitsregime systematisch Widerstand.

Die Provinzregierung und die Stadtverwaltung haben im Rahmen staatlicher Vorgaben die Entscheidungs- und Steuerungsmacht über die Entwicklung der Sonderwirtschaftszonen. Sowohl die Stadt selbst als auch die einzelnen Verwaltungsbeamten sind an einheimischen und ausländischen Investitionen und rascher Entwicklung interessiert. Die Stadt ist häufig über Holdinggesellschaften an Joint Ventures beteiligt und bestreitet den kommunalen Haushalt und den Ausbau der Infrastruktur durch die Steuern und Abgaben, die sie von den Unternehmern und auch den Beschäftigten erhebt. Die Karrieren von Parteifunktionären und Beamten hängen von ihren Erfolgen beim Ausbau der SEZ ab. Dabei bieten sich ihnen auch Möglichkeiten, ihre Privatinteressen durch illegale Bereicherungsstrategien oder einen Einstieg ins Unternehmertum zu verfolgen (Au/Nan /Zhang 2007).

In dem staatlich gesteuerten Akkumulationsregime finden sich in den SEZs unterschiedliche Eigentumsformen nebeneinander: Staatsbetriebe, Aktiengesellschaften, Genossenschaften, Joint Ventures mit ausländischen Kapitaleignern. Die am schnellsten wachsende Gruppe sind jedoch einheimische Privatunternehmen (Lüthje 2006). Gemeinsam ist diesen Unternehmen verschiedener Eigentümer und Größen – auch den Staatsbetrieben –, dass die Arbeitsbeziehungen durch die marktökonomische Profitlogik, Konkurrenz und Hierarchie strukturiert sind und nicht mehr durch die planwirtschaftliche Versorgungslogik und die Gemeinschaft der sozialistischen Arbeitseinheit, des *danwei*. Ausländische Direktinvestitionen – mehrheitlich von Auslandschinesen aus Hongkong, Taiwan und Singapur, zunehmend auch aus Europa, den USA und Japan - wirkten als Triebkraft für die Expansion der exportorientierten Industrialisierung, d.h. als Motor für neue Arbeitsplätze, aber auch für Technologie- und Know-How-Transfer und für Produktivitätssteigerungen.

Das direkte Gegenüber der WanderarbeiterInnen ist die neue Klasse der „Bosse“ und Manager. Wie die privaten Eigentümer rekrutieren sie sich überwiegend aus Parteikadern und der Funktionärskaste. Die Manager bringen es zu ansehnlichem Einkommen und Wohlstand, mit dem sie sich eine permanente Wohnerelaubnis für die Stadt und dort Wohneigentum kaufen können und sich somit als soziale Klasse etablieren.

Der Allchinesische Gewerkschaftsbund (ACGB) hat die Aufgabe, als „Transmissionsriemen“ zwischen der Unternehmensführung, den Bossen und den Beschäftigten zu agieren und die makroökonomischen Ziele, vor allem Produktivitätssteigerung und Wachstum in den Betrieben durchzusetzen. Der ACGB ist wie in anderen real-sozialistischen Ländern neben dem Frauen- und dem Jugendverband eine der drei Massenorganisationen der kommunistischen Partei. Bis heute ist der ACGB keine Interessenvertretung der Arbeiter gegenüber den Arbeitgebern, sondern ein Parteiorgan, das eine Interessenkonvergenz zwischen Lohnarbeit, Management und Unternehmern behauptet. 1982, als die Exportindustrien expandierten, wurde das Streikrecht aus der Verfassung entfernt und dem ACGB die Aufgabe übertragen, mögliche Konflikte beizulegen. Für die Schlichtung eines Arbeitskonflikts fallen hohe Gebühren an. Die Gründung einer Betriebsgewerkschaft erfolgt in der Regel durch Absprachen zwischen der Firmenleitung und dem ACGB.

Häufig ist ein Vertreter des Unternehmensmanagements in Personalunion auch Parteisekretär und Gewerkschaftsvertreter im Betrieb, sodass gewerkschaftliche Organisierung nichts mit der Herausbildung einer Arbeiterklasse oder Klassenorganisation zu tun hat. Gleichwohl hat der ACGB Alleinvertretungsanspruch, die Gründung unabhängiger Gewerkschaften ist verboten.

Widerstand lernen

Auch ohne Streikrecht kam es in den 1990er Jahren in einzelnen Betrieben immer wieder zu Protesten, individueller Sabotage und spontanen Streiks, wenn Löhne oder Überstunden nicht bezahlt wurden, die Schikanen des Managements Überhand nahmen oder Arbeitsunfälle sich häuften.

Beim Arbeitsamt von Shenzhen, der ersten und bis heute größten SEZ im Perlfussdelta, gingen bereits 1993 mehr als 8400 Beschwerden ein, offiziell wurden über 5000 Arbeitskonflikte und 369 Streiks gemeldet (AMRC 1998:219). Sie zeigten die Herausbildung der typischen Interessengegensätze zwischen Lohnarbeit, Kapital und Staat sowie für die immer markanteren Bruchlinien in der neuen chinesischen Klassengesellschaft.

Schlüsselereignisse für die Proteste waren zwei verheerende Brände 1993, bei denen 145 ArbeiterInnen ums Leben kamen, weil das Feuer rasch vom Lager oder der Fabrik auf das Wohnheim übergriff. Nach dem Brand in der Spielzeug Fabrik Zhili versuchten ArbeiterInnen vergeblich unabhängige Gewerkschaften zu registrieren. Der Staat reagierte mit einer Doppelstrategie, die typisch werden sollte: Einerseits wurden die Aktivitäten der ArbeiterInnen durch Repression und Verhaftungen niedergeschlagen, andererseits antwortete die Regierung mit Verrechtlichung und Regulierungsmaßnahmen, nämlich dem Verbot der „three in one“-Architektur und einem neuen Arbeitsgesetz.

ArbeiterInnen, die nach den Protesten entlassen worden waren, bauten ein *Workers' Forum* auf und mobilisierten in einem *Workers' Bulletin* zum Kampf für Arbeitsrechte und Arbeitsschutz. Es gründeten sich mehrere Organisationen, die – obwohl nicht registriert – von der Stadtverwaltung geduldet wurden. Das „Zhili-Feuer“ wurde damit zum Auslöser für einen neuen Organisationstypus außerhalb vom Gewerkschaftsbund, da dieser unter einem starken Glaubwürdigkeits- und Mitgliederverlust litt. Neue *Workers' Centres* entstanden und die Proteste wurden von NGOs in Hongkong und vermittelt über diese teilweise auch durch Entwicklungsorganisationen in Europa und Nordamerika unterstützt.

Mit dem 1995 verabschiedeten Arbeitsgesetz demonstrierte der Staat seinen Anspruch auf Regulierungshoheit aller Arbeitsverhältnisse, auch derjenigen in der sprunghaft ansteigenden Zahl von Privatunternehmen. Das Gesetz zielte auf die Umsetzung individueller Arbeitsrechte ab und erlaubte dem Gewerkschaftsbund, in einigen Industrien Kollektivverträge auszuhandeln.

Damit erkannte der Staat implizit einen Macht- und Interessengegensatz im Betrieb an.

Das Arbeitsgesetz wurde jedoch nicht umgesetzt, die kommunalen Arbeitsämter überwachten die Betriebe nicht¹, und in vielen Unternehmen, vor allem Joint Ventures, gab es nicht einmal eine Vertretung des Gewerkschaftsbundes. So fanden auch in den späten 1990er Jahren fortlaufend Proteste und Streiks gegen die weiterhin despotischen Arbeitsverhältnisse in den rasch expandierenden arbeitsintensiven Exportindustrien statt (Chan 2008:307).

Die Streiks waren dadurch gekennzeichnet, dass sie lokal auf einzelne Betriebe begrenzt blieben, spontan und unorganisiert waren, sich nicht in die Öffentlichkeit ausdehnten und führerlos erschienen, d.h. es wurde vermieden, Anführer oder Organisatoren identifizierbar zu machen. Die lokalisierte Gegenwehr, die offiziell „spontane Zwischenfälle“ heißen und die Lee „zellenförmigen Aktivismus“ (2007) nennt, richteten sich vor allem gegen Unterschreitung von Mindestlöhnen und das Vorenthalten von Kompensationszahlungen bei Unfällen und Entlassung, gegen überlange Arbeitszeiten sowie gegen Willkür, Disziplinierung und gegen Korruption im Management. Zwei zentrale Motivationen der WanderarbeiterInnen kristallisierten sich in diesen Kämpfen heraus: Geld und Würde.

Die ArbeiterInnen stehen unter einem mehrfachen Erwartungs- und Leistungsdruck. Die Familien erwarten von ihnen, dass sie sich abrackern und in den ungewohnten Arbeitsbedingungen arrangieren, damit sie das Familienbudget – mit einem Drittel ihres Lohns - aufstocken können. Schule, Partei, Politik und Medien vermitteln eine Ideologie staatsbürgerlicher Verpflichtung zur Anstrengung und Selbstdisziplinierung, um Produktivität und Wachstum zu steigern. Dieser Druck zu Aufopferung und Leistungsbereitschaft sei es für die Familie oder das Land verarbeiten die jungen Frauen unterschiedlich: zunächst oft mit Selbstvorwürfen, Bitterkeit und Verzweiflung, dass sie den Erwartungen nicht entsprechen, dann aber mit einem wachsenden Selbstbewusstsein, dass sie „das Wirtschaftswunder geschaffen“ haben. Sie nutzen den Opfer-Topos strategisch, um die Unternehmen und den Staat in die Pflicht zu nehmen: bei Arbeitskämpfen in allen Sektoren, nicht nur in den SEZs, taucht der Slogan auf: „Wir haben unsere Jugend der Nation geopfert.“ Es wird als Gebot der Fairness und Gerechtigkeit gewendet, dass ihnen für diese Pflichterfüllung Lohn und Anerkennung zusteht. Entsprechend empfinden sie die Verletzung ihrer Arbeits- und Menschenrechte im Betrieb und die Übergriffe der Manager als Erniedrigung, Demütigung und Missachtung ihrer Person und ihrer Anstrengungen (Florence 2007, Schmidtbauer 2003).

Bei den Streiks wie auch im Betriebsalltag entwickeln die Wanderarbeiterinnen ein Wir-Gefühl in Abgrenzung gegen die Bosse und Manager, aber aufgrund der betrieblichen Hierarchien auch gegen

¹ Das Arbeitsamt von Guangzhou nennt Personalmangel als Grund: es hat 130 Inspektoren für 400 000 registrierte Unternehmen (Auskunft der Stadtverwaltung von Guangzhou im September 2007)

Facharbeiter und die hochqualifizierten WissensarbeiterInnen in den kapitalintensiven Industrien wie Fahrzeug- und Maschinenbau und technologie- und wissensintensiven Industrien in den SEZs. Diese haben nicht nur bessere Arbeitsbedingungen und Löhne, sondern sind auch in eine technokratische effizienzorientierte Unternehmenskultur und ein Sozialmanagement eingebunden. Entsprechend solidarisieren sich diese Arbeiteraristokratie und Facheliten nicht mit den WanderarbeiterInnen. Aufgrund der starken herkunftsgebundenen Identität als WanderarbeiterInnen solidarisieren diese sich eher mit migrantischen Bauarbeitern und Hausangestellten außerhalb der SEZs als mit Facharbeitern und Angestellten in den SEZ-Betrieben.

Selbstepowerment der *dagongmei*

Gleichzeitig perfektionierten die ArbeiterInnen auch ihre individuelle Methode, durch Job-Hopping unerträglichen Arbeitsbedingungen zu entkommen und sich in einem anderen Betrieb eine Aufstiegschance zu eröffnen. In vielen Betrieben findet eine Rotation von bis zu 60 Prozent im Jahr statt.

Unternehmer beschäftigten vorzugsweise junge Mädchen, die Dorfkader oder private Arbeitsagenten direkt von der Schule vermitteln, weil sie anlernwillig und leicht einzuschüchtern sind und außerdem weder über Organisierungserfahrung noch über Informationen über ihre Rechte verfügen. Ihnen werden „weibliche“ Stereotypen wie Fingerfertigkeit, Konzentrationsfähigkeit und Ausdauer zugeschrieben. So werden im Fabrik-Wohnheim-Regime nicht nur Stadt-Land-Unterschiede reaktentuiert, um die Wanderarbeiterin zu den gefügigsten und preisgünstigsten Arbeitskräfte zu machen, sondern auch Geschlechterdifferenzen wiederentdeckt und durch eine Resexualisierung und Refeminisierung der Frauenrolle verstärkt (Pun 2005). Die Akkordarbeit am Fließband oder den Maschinen richten sie ebenso zu wie der Aufenthalt in den Wohnheimen, nämlich zu ständig verfügbaren flexiblen Arbeitskräften gemäß der Logik des internationalen Unterbietungswettbewerbs der Billigarbeit („race to the bottom“, Chan 2003:41).

Die Herkunft aus sprachlich und kulturell sehr unterschiedlichen Provinzen führt dazu, dass die Migrantinnen in den Wohnheimen herkunftsspezifische weibliche Identitäten entwickeln: Sie kochen in Kleingruppen gemeinsam regionale Küche, verbringen ihre Freizeit zusammen und entwickeln ein Konsumverhalten, streiten aber auch häufig mit den städtischen Lohnarbeiterinnen (Pun 2005). Migration und Fabrikarbeit lösen eine Subjektwerdung der *dagongmei* aus, die einerseits Atomisierung und Individualisierung, andererseits neue kollektive Gruppenbildung einschließt. Pun bezeichnet *dagongmei* deshalb als die erste subalterne Klasse im China der Wirtschaftsreformen, die sowohl im Prozess der Integration in die internationale Arbeitsteilung geopfert wird als sich auch gegen diesen Prozess auflehnt. Als Opfer eines Zwangsregimes lernen sie, widerständige Subjekte und selbst- und schließlich rechtsbewusste Arbeiterinnen und Bürgerinnen zu werden, indem sie verschiedene Formen der Thematisierung

von Rechtsverletzung, des zivilen Ungehorsams, der symbolischen Demonstration, der formal-rechtlichen Auseinandersetzung und der direkten Konfrontation austreten. Mit den *dagongmei* als zentralen AkteurInnen, so Pun, lässt sich diese soziale Gegenwehr nicht auf „Klassenkampf“ reduzieren, weil sie auch durch geschlechts- und kulturspezifische Elemente konstituiert ist und sich in entsprechenden Kampfformen manifestiert.

Die Organisationen, die sich seit Ende 1990er Jahre bildeten, verstanden sich als „community based“ Organisationen, deren zentrale Aktivitäten Rechtsaufklärung und -beratung sowie Unterstützung der ArbeiterInnen z.B. bei Entlassung oder den häufigen Unfällen waren. In ihrem Selbstverständnis verfolgen sie häufig eher eine Empowerment-Strategie als einen konventionellen gewerkschaftlichen Ansatz. Um einen legalen Status zu bekommen, registrierten sie sich teilweise als kulturelle oder unternehmerische Nicht-Regierungs-Organisationen. Das 1996 gegründete *Chinese Women Workers Network* CWWN ist ein solches Beispiel. Die Organisation unterhält einen Bus, der in die Fabrikgegenden fährt und medizinische Behandlung anbietet, aber auch eine Minibibliothek und einen Fernseher. CWWN betreibt eine Hotline zu Gesundheitsfragen und führt Beratungen zu Arbeitsplatzsicherheit und gesundheitlichen Risiken durch, betreut die Arbeiterinnen nach Unfällen in den Krankenhäusern und gründete eine Kooperative, die in den Wohnheimen günstig Konsumgüter anbietet. Ausgehend von den Wohnheimen baut CWWN *Workers Committees* auf, die als zellenförmig organisierte Ersatzgewerkschaft fungieren sollen (Chan 2006; Pun/Li 2008). Durch seine Vernetzung mit dem *Committee for Asian Women* (CAW), einem in Bangkok ansässigen Netzwerk von Frauengewerkschaften und Frauenflügeln in Gewerkschaften, wurde CWWN auch in neoliberalismus- und globalisierungskritische Debatten eingebunden.

Die *dagongmei* stellen meist die Mehrheit bei den Streiks und Protesten. Wenn jedoch Wortführer und Organisatoren auftreten, sind dies Männer. Eine Ausnahme war ab 2004 der Kampf der Arbeiterinnen in drei Batteriefabriken der Firma Gold Peak, die mit Slogans wie „Wir haben nichts mehr zu verlieren“ mit lange andauernden, geplanten und koordinierten Kampagnen für Kompensation wegen ihrer Kadmiumvergiftungen und für Sicherheit am Arbeitsplatz kämpften (Au/Nan/Zhan 2007).

Die Waffen der Schwachen: Militante Kämpfe und Verweigerung der Billiglohnarbeit

Ab 2003 setzte eine zweite Protestphase in den SEZs ein, die ihre Hochburg im Perlflossdelta hatte, zum einen wegen der dort gesammelten Kampferfahrungen, zum anderen wegen der großen Entfernung von Peking und den direkten Kontrollansprüchen der Regierung. Mit der Diversifizierung der Industrien und der sozialen Differenzierung hielt auch eine wachsende Spreizung von Löhnen und Gehältern Einzug. Sie war die Folge einer unterschiedlichen Bewertung von körperlicher und Kopfarbeit, die die Kulturrevolution eigentlich überwinden wollte, und einer immer ungleicheren Bewertung von Frauen- und Männerarbeit. Die Gehälter von Technikern,

Ingenieuren und IT-Experten wurden an die schnell steigenden Lebenshaltungskosten, vor allem die hohen Kosten für Miete oder Wohneigentum angepasst, und auf durchschnittlich 5000 Yuan (umgerechnet 500 Euro) erhöht. Die Löhne der Wanderarbeiterinnen in der arbeitsintensiven Produktion stagnierten fünfzehn Jahre lang bei ca. 500 Yuan (50 Euro). Dies führte zur immer heftiger und militanter formulierten Forderung nach Erhöhung des Mindestlohns.

Wilde Streiks, kollektive Sabotage und spontane Proteste waren zwar noch auf einzelne Betrieben beschränkt, wurden jedoch immer häufiger, ausdauernder, aggressiver und zunehmend auch öffentlich. Aufgebrachte ArbeiterInnen blockierten Straßen und Verkehr, um öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen und die Stadtverwaltung zu zwingen, sich mit ihren Probleme zu beschäftigen (Wong 2007). Die doppelte Despotie führt zu einer doppelten Konfrontation: gegen die Stadt bzw. die Stadtverwaltung und gegen das Unternehmen bzw. das Management. Auch wenn die meisten Proteste der Lohnarbeitenden immer noch spontan und unorganisiert waren, wiesen Einzelkämpfe in ihrer Häufigkeit über Einzellösungen hinaus. Die zahlreichen und vielfältigen Formen des Aufbegehrens bedeuteten in ihrer Summe die Forderung nach allgemeinen Rechten jenseits der betrieblichen Einzelfälle, und zwar sowohl nach Arbeitsrechten als auch nach bürgerlichen Rechten als vollwertige Staats- und StadtbürgerInnen.

Eine neue Dynamik entwickelten die Kämpfe auch als Reaktion auf staatliche Repressionen: Besonders dann, wenn die ArbeiterInnen öffentlich sichtbar werden, verstärkte der Staat seine Repressivität, erzeugte mit seiner Gewalt jedoch neuen Widerstand, der signalisiert, dass gewalttätige Übergriffe von Polizei und Sicherheitskräften nicht mehr einschüchtern (Chan 2008). Im Gegenteil: entsprechende Medien- und Internetberichte sorgen dafür, dass gerade gewaltsam unterdrückte oder begrenzte Aufstände zur Initialzündung für Arbeitsniederlegungen und Kundgebungen nach demselben Modell in anderen Fabriken wurden, - die allerdings nach Außen auch wieder ganz spontan entstanden zu sein schienen. Eine zentrale Eindämmungsstrategie des Staates ist es daher, immer dann und dort mit Repressionen einzugreifen, wo er eine Ausdehnung und Vernetzung der Kämpfe fürchtet. Deshalb zerschlägt er auch regelmäßig websites und internet-blogs, auf denen Informationen über Streiks – wie auch per SMS – im Nu verbreitet werden und auf diese Weise noch mehr Öffentlichkeit hergestellt wird.

Ein Meilenstein für die sozialen Kämpfe war, dass Anfang 2004 aufgrund der anhaltend schlechten Arbeitsbedingungen und Entlohnung (amnesty international 2007) sowie der hohen Kosten in der Stadt tausende WanderarbeiterInnen nicht aus dem Neujahrsurlaub aus dem Landesinneren an die Küste zurückkehrten. Das heißt sie entzogen sich selbst der Ausbeutung in den transnationalen Produktionsketten. Da der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften für die expandierenden Industrien jedoch stetig wuchs, kam es erstmalig in der gesamten Küstenregion zu einem Arbeitskräftemangel. In dessen Folge intensivierten die Firmen den Druck auf die Beschäftigten und die ArbeiterInnen entwickelten zunehmend ein

Bewusstsein von Verhandlungs- und Streitmacht, wobei die junge Generation der Wanderarbeiterinnen von Anfang an kampfbereiter war als die ältere.

Auf die zweifache Protestform, die Abstimmung mit den Füßen und die Streikwelle von 2004, reagierten Regierung und Kommunalverwaltungen wiederum mit der etablierten Doppelstrategie; neben Repressionen mit einem Bündel von arbeitsmarkt- und bevölkerungspolitischen Maßnahmen. Die Mindestlöhne im Perflussdelta wurden erhöht, ausländische Investoren, darunter notorische Gewerkschaftsfeinde wie Wal Mart, McDonalds und Kentucky Fried Chicken wurden gezwungen, eine Betriebsgewerkschaft zu gründen. Das *hukou*-System wurde gelockert, sodass MigrantInnen nun Gewerkschaftsmitglieder werden, drei Sozialversicherungen (Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung) beitreten und angesparte Versicherungsansprüche beim Verlassen der Stadt mitnehmen können (Huang/Zahn 2005:8ff). Gleichzeitig wurden die Genehmigungsverfahren für Ausweise vereinfacht und die Kosten erheblich gesenkt. Dabei war die Lockerung der Ausweisdespotie im Perflussdelta auch eine Reaktion auf eine militante Solidaritätsaktion und einen öffentlichen Aufruhr, nachdem 2003 ein Student aus Hubei in Guangzhou ohne Aufenthaltsgenehmigung verhaftet und von paramilitärischen Kräften zu Tode geprügelt worden war (Au/Nan/Zhan 2007:10).

Die unmittelbare Nähe von Erfolg und Scheitern

Die wichtigste Reaktion der Regierung auf die wachsenden Widerstände war der Entwurf eines neuen Arbeitsvertragsgesetzes. Kernpunkte des neuen Gesetzes sind a) schriftliche Arbeitsverträge, b) Mindestlöhne, c) Anspruch auf einen unbefristeten Vertrag nach zwei befristeten Verträgen, d) Begrenzung der Probezeit und e) Anspruch auf Abfindung. Im Unterschied zu den 1995 und 2001 eingeführten Arbeitsgesetzen verbreitete die Regierung diesen Gesetzesentwurf in großem Maßstab und ließ ihn öffentlich diskutieren. Innerhalb eines Monats gingen 192 000 Kommentare bei ihr ein. Dies reflektiert das nachhaltige Interesse der chinesischen Führung, durch Befriedung sozialer Konflikte ihre Machtposition abzusichern, indem sie möglichst viele gesellschaftliche Kräfte einbindet und durch Verrechtlichung der Arbeitsverhältnisse eine Regulierungsrolle gegenüber der Marktdynamik für sich reklamiert (Geffgen 2007).

Das neue Arbeitsvertragsgesetz und die öffentliche Debatte darüber wurden auch zum wichtigsten Referenzrahmen für die neuen Arbeits-NGOs und ihre *Workers` Centers* und verstärkten den Rechtsansatz als zentrales strategisches Konzept, das ihre Existenz als systemkonform und nicht systemkritisch legitimiert. Die AktivistInnen sind meist entlassene ArbeiterInnen. Sie unterstützen die Lohnarbeitenden durch Rechtsalphabetisierung und Informationen über das neue Gesetz, durch Beratung, Kooperation mit Anwälten sowie bei Klagen und Gerichtsverfahren. Der erste Schritt bei formal-rechtlichen Arbeitskämpfen ist eine Petition an das einzelne Unternehmen oder eine Klage, um z.B. eine individuelle Entschädigung zu erwirken. Der zweite Schritt ist eine Klage gegen das

Arbeitsamt, die darauf zielt, dass die Behörde gegen die Unternehmen vorgeht und allgemeine Verbesserungen durchsetzt. Inzwischen werden neben den individuellen Verfahren Gruppenklagen z.B. für Lohnerhöhungen immer häufiger. Ein weiterer Versuch von Individual- zu Kollektivverfahren zu kommen, ist die rechtliche Möglichkeit, Kollektivverträge auszuhandeln.

Einige der NGOs nutzen auch die freiwilligen und nicht einklagbaren Verhaltenskodices einzelner Konzerne als Bezugspunkt für Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse (Munro 2007). Andere lehnen dies ab, weil das Element der *Corporate Social Responsibility* längst in das despotische Arbeitsregime integriert ist: Inspektoren, die Kontrollen der Verhaltenskodices in den Betrieben durchführen, werden durch doppelte Buchführung, gefälschte Lohnabrechnungen und stereotype Antworten und Lügen betrogen, zu denen die ArbeiterInnen gezwungen werden (Südwind 2004).

Trotz der strategischen Ausrichtung auf den Rechtsrahmen beobachten Au, Nan und Zhan (2007) eine Änderung der Konfliktmuster. Nachdem die WanderarbeiterInnen früher zunächst die rechtlichen Möglichkeiten ausschöpften und erst wenn sie dort scheiterten, zu konfrontativen Methoden wie Streik griffen, ließ sich in den vergangenen Jahren eine veränderte Strategie beobachten. Seit die ArbeiterInnen die Macht der Masse und der Öffentlichkeit entdeckt haben, benutzen sie zunehmend harte Methoden der Auseinandersetzung (Chan 2008). Daraus resultierte als neue Kampflogik: „Großer Streik – großer Fortschritt, kleiner Streik – kleiner Fortschritt, kein Streik – kein Fortschritt“ (Au/Nan/Zhan 2007), kurz: Proteste zahlen sich aus.

Bei einem Vergleich mehrerer Arbeitskonflikte stellt Chan (2008) fest, dass die Forderungen immer weitreichender wurden und schließlich nicht mehr nur die Umsetzung gesetzlicher Bestimmungen einklagten, sondern darüber hinausgingen. Immer häufiger wurde ein Streik in einer anderen Stadt in anderen Fabriken desselben Unternehmens aufgenommen. Seit 2005 kam es mehrmals zur Planung von längerfristigen Kampagnen, zur Koordination von Streiks und zu Vernetzungen.

Der Erfolg war seit 2004 eine jährliche Erhöhung der Mindestlöhne, auch unter Nutzung des Standortwettbewerbs zwischen den Städten. Zusätzlich zur kollektiven Kampfform des Streiks benutzten die WanderarbeiterInnen die individuelle Kampfmethodik des Jobhopping: Kündigung und Jobwechsel. Zusammen mit den steigenden Lohnkosten löste dies bei den Unternehmen schließlich eine neue Verlagerungswelle aus, nämlich in inzwischen wieder preisgünstigere asiatische Nachbarländer wie Kambodscha, Vietnam und Indonesien oder in das chinesische Hinterland, wo die Kosten für Energie, Wasser und Arbeitskräfte nur halb so hoch sind und den ArbeiterInnen erneut Gefügigkeit und Duldsamkeit zugeschrieben werden kann.

Zu dieser neuen Verlagerungswelle trug auch das oben erwähnte neue Arbeitsvertragsgesetz bei, das am 1.1.2008 – ebenfalls ein Erfolg der Kämpfe – gegen viele Einwände ausländischer und einheimischer Investoren eingeführt wurde. Unternehmen wie Huawei Technologies, der größte

chinesische Hersteller von Kommunikationstechnologie, und Wal Mart widersetzten sich der gesetzlichen Regulierung, indem sie durch Tricks, Vertragsmanipulationen und Kündigungen versuchten, unbefristete Verträge zu umgehen. Arbeiter, die gegen ihre Entlassung wegen des Gesetzes protestierten, wurden für anderthalb Jahre in ein Arbeits- und Umerziehungslager interniert. Lokale NGOs, die WanderarbeiterInnen in *Workers` Centres* außerhalb der Betriebe über ihre Rechte informierten, erlebten erneut Repressionen und brutale Gewalt. Polizisten schauten zu, als einer der lokalen Aktivisten in Shenzhen auf offener Straße niedergestochen wurde.

Perspektiven des globalen Kampfes

Im Unterschied zu früheren ähnlichen Ereignissen gingen die NGOs jedoch umgehend mit den Informationen über diese Vorfälle an die chinesische und internationale Öffentlichkeit und warben um Solidarität. Meist durch NGOs in Hongkong vermittelt, gelang es in den vergangenen Jahren, Solidaritätsverbindungen zu verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen im Ausland, auch nach Europa zu knüpfen. Auch von Demonstrationsverboten, verschärfter Internetkontrolle und Repressionsandrohungen während der olympischen Spiele und im Vorfeld des 30. Jahrestags der „Demokratiebewegung“ von 1989 zeigten sich ArbeiterInnen unbeeindruckt und protestierten nahezu täglich, als 2008 das neue Arbeitsgesetz zu einer Welle von Entlassungen, Fabrikschließungen und Produktionsverlagerungen führten. Angesichts dieser Verunsicherung läuft die Rhetorik der politischen Führung und des ACGB von harmonischer Gesellschaft und nationaler Wachstums- und Wohlstandsperspektive ins Leere.

Chan stellt fest, dass auch bei Massenmobilisierungen von Tausenden niemals die Begrifflichkeit von Arbeiterschaft oder Arbeiterklasse benutzt wird, sondern eher ethnisch und geschlechtsspezifische Bezeichnungen einzelner Gruppen der Beschäftigten. Trotzdem schließt er aus der Entwicklung der sozialen Kämpfe, dass die Akteure in der Praxis der Konfrontation mit den Managern, Bossen und Unternehmern zunehmend ein soziales Verhältnis konstituieren und als Klasse handeln, auch wenn sie subjektiv kein Klassenbewusstsein haben (Chan 2008:322). Die Widerstandsaktionen der WanderarbeiterInnen lassen sich nicht mehr als vereinzelte und sporadische „Zwischenfälle“ abtun, sondern konstituieren als Patchwork ein Terrain sozialen Kampfes, das – obwohl keine homogene soziale Bewegung – den Widerspruch von globalisiertem Kapital und Billiglohnarbeit in China zuspitzt und Räume für Rechtskämpfe und Widerstand gegen die staatliche und die industriekapitalistische Despotie erweitert. Auch wenn die ArbeiterInnen die transnationale Tragweite ihrer Kämpfe nicht ermessen, richtet sich ihr Widerstand gegen die brutale entwürdigende Ausbeutung in den Weltmarktfabriken gegen einen Grundpfeiler der internationalen Arbeitsteilung in den globalen Wertschöpfungsketten: die Billiglohnarbeit, die einer der Hauptgründe für immer neue Verlagerungen und die rastlose Mobilität der Investoren in den Verwertungsprozessen des globalen Kapitals ist. Sie

wehren sich dagegen, dass ihre Arbeit zur Grundlage neuer Akkumulationsregime gemacht wird und sie die unsichtbaren Kosten dieser manchesterkapitalistischer Produktionsweisen im 21. Jahrhundert übernehmen sollen. Ihre Kämpfe sind von transnationaler Bedeutung, da die Mindestlöhne und die Arbeitsstandards, die sie erkämpfen, Auswirkungen auf den Unterbietungswettbewerb der Standorte in den transnationalen Produktionsketten und auf die „Billiglöhne“ auf dem gesamten Weltmarkt haben.

Die globale Krise und die dramatischen Einbrüche bei Exportaufträgen haben seit Herbst 2008 zu zigtausenden Betriebsschließungen und nach offiziellen Angaben zu über 20 Millionen Entlassungen an der Küste geführt. Damit die andauernden Proteste nicht zu einem sozialen Aufstand eskalieren, richtete die Regierung einen Fonds ein, um entlassene ArbeiterInnen Lohnrückstände auszuzahlen und auf dem Land Zurückgebliebene zu unterstützen. Außerdem legte sie einen Gesetzesentwurf für ein soziales Sicherungssystem vor.

Zwar bereitete die Krise der aufkeimenden Bewegung fürs erste ein Ende. Doch die unterschiedlichen Reaktionen des Staates, Verrechtlichung der Arbeitsverhältnisse, Angebote sozialer Sicherheit und Kompensationszahlungen einerseits und fortdauernde Repression andererseits zeigen, welchen nachhaltigen Druck die immer häufigeren und sichtbarer werdenden Arbeitskämpfe auf die Politik ausgeübt haben. Die stufenweise Entwicklung der Arbeitskämpfe von spontanen, unkoordinierten und nicht-sichtbaren Streiks hin zu klandestinen koordinierten und öffentlichen Protesten und die Erweiterung der Zielsetzungen von lokalen Verbesserungen über verallgemeinerte Arbeitsrechte bis hin zu den Forderungen, die den rechtlichen Regelungsrahmen sprengen - diese quantitativen und qualitativen Entwicklungsschritte demonstrieren, dass sich die WanderarbeiterInnen als mündige politische Handlungssubjekte konstituiert und Lernschritte kollektiver Bewusstwerdung und Organisierung durchlaufen haben. Dies lässt erwarten, dass sie sich auch weiterhin neoliberalen wie auch staatsautoritären Arbeitsregimen im chinesischen Kapitalismus und den globalen Wertschöpfungsketten widersetzen werden. Das Potential haben sie selbst geschaffen.

Amnesty International (2007): *People's Republic of China*. Internal migrants: Discrimination and abuse. The human cost of an economic 'miracle'. ASA 17/008/2007

AMRC, Asia Monitor Resource Center (1998): *We in the Zone*, Women Workers in Asia's Export Processing Zones, Hong Kong 1998, 191-241, 206

Au, Loong-Yu (2005) The Post MFA Era and the Rise of China, in: *Asian Labour Update*, July–September 2005, 14–19

Au, Loong-Yu/Nan Shan/Zhang Ping (2007): *Women Migrant Workers under the Chinese Social Apartheid*, Bangkok

Chan, Anita (2001): *China's Workers under Assault*. The Exploitation of Labor in a Globalizing Economy, London

- Chan, Anita (2003) A "Race to the Bottom". Globalisation and China's labour standards, in: *China Perspectives*, No. 46, 41–50
- Chan, Chris King-Chi (2008): Neue Muster von ArbeiterInnenprotest in China, in: *Peripherie* 111, 301-328
- Chan, Jenny (2006) Chinese Women Workers Organize in the Export Zone, in: *New Labor Forum*, Vol. 15 No. 1, Spring 2006, 19–27
- Chen, John (2006): Is there a labour movement in China? In: *Asian Labour Update*, Issue 59, 1,4-9
- Clean Clothes Campaign (2005) *Made by Women. Gender, The Global Garment Industry and the Movement for Women Workers' Rights*, Amsterdam
- Florence, Eric (2007): Migrant Workers in the Pearl River Delta. Discourse and narratives about Work as Sites of Struggle, in: *Critical Asian Studies*, 39:1, 121-150
- Geffken, Rolf (2007): Klassenkampf statt Marktsozialismus. China auf neuen Wegen oder auf altem Wachstumspfad? in: Arrighi, Giovanni u.a., *Kapitalismus Reloaded*, Hamburg 2007, 268-278
- Global Labor Strategies (2006) *Behind the Great Wall: US Corporations Opposing New Rights for Chinese Workers*; <http://www.laborstrategies.org//index.php>
- Huang, Ping/Zhan, Shaohua (2005) *Internal Migration in China*, Paper presented at the Regional Conference on Migration and Development in Asia, 14—16 March 2005 in Lanzhou by IOM, PRC/MFA, DFID
- HKCTU, *Chinese Labour and the WTO*, Hongkong 2004
- Lee, Ching Kwan (1998): *Gender and the South China Miracle: Two Worlds of Factory Women*, Berkeley
- Lee, Ching Kwan (2005) *Livelihood Struggles and Market Reform. (Un)making Chinese Labour after State Socialism*, UNRISD, Geneva
- Lee, Ching Kwan (ed.) (2007a) *Working in China, Ethnographies of labor and workplace transformation*, London/New York
- Lee, Ching Kwan (2007b) *Against the Law: Labor Protests in China's Rustbelt and Sunbelt*, Berkeley
- Lüthje, Boy (2006): Ökonomische Modernisierung und industrielle Beziehungen im neuen chinesischen Kapitalismus, in: *Das Argument* 268, Grosser Widerspruch China, 2006, 61-76
- Maurer-Fazio, Margaret/ Hughes, James/Zhang, Dandan (2007): An Ocean Formed from One Hundred Rivers: The Effects of Ethnicity, Gender, Marriage, and Location on Labor Force participation in Urban China, in: *Feminist Economics*, Vol. 13, No. 3&4, July/October 2007, 159–189
- Munro, Robin (2007): „CSR ist wichtig – aber es ist kein Instrument, um Arbeitsrechte durchzusetzen“, Interview in: WEED (Hg.), *High-Tech-Sweatshops in China*, 39-44

- Pun, Ngai (1999) *Becoming Dagongmei (Working Girls): The politics of Identity and Difference in Reform China*, in: *The China Journal*, No. 42, 1–19
- Pun, Ngai (2005): *Made in China. Women Factory Workers in a Global Workplace*, Durham
- Pun, Ngai/Li Wanwei (2008): *dagongmei. Arbeiterinnen aus Chinas Weltmarktfabriken erzählen*, Berlin/Hamburg 2008
- Taylor, Bill/Chang Kai/Li Qi (2003): *Industrial Relations in China*, Cheltenham/Massachusetts
- Schmidtbauer, Heike (2003): *Living on the Fringes – Urban Experiences of Rural Migrant Women in Reform China*, Berliner Hefte, 25.20.2003, 44-57
- Silver, Beverly (2005): *Forces of Labour, Arbeiterbewegung und Globalisierung seit 1870*, Berlin/Hamburg
- Südwind (2004): *Nähen für den Weltmarkt. Frauenarbeit in Freien Exportzonen und der Schattenwirtschaft*, Siegburg 2004, 18-28
- Südwind (2007), *All die Textilschnäppchen – nur recht und billig? Arbeitsbedingungen bei Aldi-Zulieferern in China und Indonesien*, Siegburg, 33-60
- Thompson, Edward Palmer (1978): *Eighteenth Century English Society: Class Struggle without Classes?* In: *Social History* 3, 133-165
- Wen, Dale (2005) *China Copes with Globalization. A report by the International Forum on Globalization*, San Francisco
- Wen, Jiajun Dale (2007): *Too much Growth, too little Development: The reality behind China's economic miracle*, in: *Development*, Vol. 50 No. 3, 30–35
- Wen Tiejun (2008): *How China's Migrant Labourers are becoming the new proletariat*, in: Bieler, Andrea/Lindberg, Ingemar/Pillay, Devan (eds.) (2008): *Labour and the Challenges of Globalisation, What prospects for transnational solidarity*, London, 81-98
- Wichterich, Christa (2008): *Fierce, Fair and Unfair Competition. The EU-China Trade Race and its Gender Implications*, WIDE, Brussels
- Wong, May (2007): *“Wir müssen die Arbeiterbewegung in China aufbauen“*, Interview in: WEED (Hg.), *High-Tech-Sweatshops in China*, 33-39
- Zhao Minghua/Nichols, Theo (1998): *Management Control of Labour in State-owned Enterprise. Cases from the Textile Industry*, in: O'Leary, Greg (ed.), *Adjusting to Capitalism: Chinese Workers and the State*, New York, 1998, 75-100

Glossar

ACGB – Allchinesischer Gewerkschaftsbund
 CWWN - Chinese Women Workers Network
 SEZ - Sonderwirtschaftszone